

DIE UNENDLICHE DESINTEGRATION. 30 JAHRE NACH DEM ZERFALL DER SOWJETUNION



WOJCIECH
KONOŃCZUK

In den letzten 30 Jahren wurde eine fast vollständige Desintegration des ehemaligen Gebietes der Sowjetunion vollzogen. Der seit 2014 andauernde russisch-ukrainische Konflikt beschleunigte nur die Auflösung der alten Verbindungen, brachte eine grundlegende Revision der Beziehungen zwischen den zwei größten postsowjetischen Nationen mit sich und beeinflusste die Art, wie Russland von anderen Ländern in der Region gesehen wurde. Der Krieg in Karabach zwischen Aserbaidshan und Armenien im Herbst 2020, tiefgreifende und heterogene politische sowie gesellschaftliche Prozesse von Mittelasien bis Belarus, haben dazu geführt, dass fünfzehn ehemalige Sowjetrepubliken aktuell mehr trennt als vereint. Die Bezeichnung „postsowjetischer Raum“ erklärt heute eigentlich nichts mehr.

Im Januar 1991 kam es in Vilnius zu Auseinandersetzungen zwischen dem sowjetischen Militär und den Litauern, die die Unabhängigkeit ihres Landes forderten. Dabei verloren über zehn Personen ihr Leben, Hunderte wurden verwundet. Kurz darauf stellte sich heraus, dass die Auseinandersetzungen zur Agonie des Sowjetimperiums beitrugen, obwohl fast niemand bis zuletzt daran glaubte. Noch im August 1991 appellierte der US-Präsident George Bush während seiner Rede vor dem Obersten Sowjet in Kiew, die Sowjetunion zu reformieren und aufrechtzuerhalten. Die Ukrainer hörten jedoch nicht auf ihn und verkündeten drei Wochen später die Unabhängigkeit ihres Landes. Das war der letzte Nagel im Sarg mit der Aufschrift „UdSSR“.

Fälschlicherweise wurde die Sowjetunion von der Mehrheit der Beobachter als Monolith betrachtet – dies war einer der Gründe, weshalb sie von der neuen Realität überrascht waren. Dabei war die UdSSR ein Staat mit vielen Nationen und die Russen stellten nur die Hälfte seiner Bevölkerung dar. Der Schriftsteller Wladimir Bukowski – einer der bekanntesten sowjetischen Dissidenten – schrieb noch Ende der 1970er Jahre: „Im Westen werden wir alle Russen genannt – von Moldauern bis Tschuktschen“.

Die Nationalität spielte also unter den vielen Faktoren, die zum Zerfall der Sowjetunion führten, eine Schlüsselrolle. Interessant ist, dass schon in den 1920er Jahren die Aktivistinnen und Aktivisten des sog. Prometheismus gerade auf dieses Merkmal hinwiesen. Die Prometheismus-Bewegung war eine Art antiimperiale Internationale, an der sich Polen, Ukrainer und Vertreter anderer von der UdSSR unterdrückten Nationen beteiligten. Jedoch wurde ihre Diagnose erst Jahrzehnte später Realität – als die nationalen Nähte des kommunistischen Staates platzten.

HAUPTSACHE WEIT WEG VON MOSKAU

Es fällt schwer, den gegenwärtigen Zustand des ehemaligen Gebietes der UdSSR zu beschreiben. Nach dem Zerfall der Sowjetunion entstanden nämlich Staaten, die heute völlig unterschiedliche politische und wirtschaftliche Systeme sowie gesellschaftliche Beziehungen haben. Russland sah sich als ihren internationalen rechtlichen Erben und zielte darauf ab, alte Bande aufrechtzuerhalten. Die Gründung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten war symbolisch – sie sollte ein postsowjetisches Commonwealth mit dominierender Rolle Moskaus werden. Jedoch scheiterte auch dieser Versuch. Fast niemand dachte an eine Reintegration, denn prioritär war die Festigung der errungenen bzw. wiedergewonnenen Unabhängigkeit.

Litauen, Lettland und Estland versuchten ihr fünfzigjähriges Okkupationstrauma zu überwinden und wollten mit Russland nichts zu tun haben. Sie gaben schnell bekannt, dass sie den westlichen Strukturen beitreten wollen und wurden nach über zehn Jahren Mitglieder der Europäischen Union und der NATO. Die Europäisierung der baltischen Staaten war spektakulär – ihre Demokratien sind stabil und das Lebensniveau ähnelt sehr dem in Westeuropa. Heutzutage ist kaum ein Unterschied zu erkennen. Im Übrigen war schon zu kommunistischen Zeiten für viele Bewohner anderer UdSSR-Regionen offensichtlich, dass die baltischen Staaten nicht zu den restlichen sowjetischen Republiken passten. In Estland hört man heute noch die Anekdote über ein Sportlerteam aus Karakalpakistan im sowjetischen Usbekistan, das zum Bogenschießen-Wettbewerb nach Tallin gekommen war.

Die Sportler waren dermaßen von der Architektur sowie ihrer Umgebung überrascht, dass sie dachten, sie wären schon im Westen – und baten daher um politisches Asyl.

Versucht man die übrigen Teile der ehemaligen Sowjetunion kurz und bündig zu beschreiben, kommen mehrere sehr heterogene Makroregionen zum Vorschein, die sich weiter voneinander unterscheiden: Länder Osteuropas, des Kaukasus und Mittelasiens. Mehr noch – diese Regionen sind auch intern sehr unterschiedlich. Die Lage in Tadschikistan ist anders als in Kasachstan, Aserbaidschan ähnelt nicht Georgien und die Ukraine ist keineswegs Russland – auch mit Belarus hat sie wenig gemeinsam. Eine ganz andere und innerlich sehr komplexe Welt ist die Russische Föderation. Hier befinden sich wohlhabende, entwickelte Städte wie Moskau und Sankt Petersburg, die eine Welt für sich darstellen, aber auch das muslimische Tschetschenien mit einem eigenen, spezifischen politisch-gesellschaftlichen System und die buddhistische Republik Tuwa, die unlängst territoriale Ansprüche gegenüber den Nachbarregionen (Oblast Irkutsk und Region Krasnojarsk) geltend machte.

An dieser Stelle muss hinzugefügt werden, dass die Unterschiede zwischen den postsowjetischen Staaten Folgen viel längerer Prozesse sind als die Geschichte ihrer Zugehörigkeit zur Sowjetunion. Mittelasien war schon seit Jahrhunderten ein Teil der islamischen Zivilisation. Ähnlich Aserbaidschan im Kaukasus, wo jedoch säkulare Einflüsse deutliche Spuren hinterließen. Seine Anrainerstaaten, Armenien und Georgien, sind christliche Länder mit äußerst langen Staatstraditionen und standen in der Neuzeit unter dem Einfluss des Osmanischen Reiches.

Auf dem anderen Ufer des Schwarzen Meeres liegt die Ukraine, von der Teile jahrhundertlang der Republik Polen angehörten. Das war auch der Fall in ihrem Nachbarland Belarus, das sich in den letzten Jahren wieder an seine Wurzeln im Großherzogtum Litauen erinnert. Was Moldawien – einen historischen Teil Rumäniens – anbetrifft, sucht es weiter nach seiner Identität.

Diese Beispiele belegen die These, dass nach 1991 die Lage gewissermaßen zum Ausgangspunkt zurückgekommen ist. Die Sowjetunion war ein künstlich geschaffener Staat und wurde mit Gewalt aufrechterhalten. Falls die fünfzehn postsowjetischen Staaten überhaupt noch etwas eint, dann die Überzeugung, dass es besser ist, sich von Moskau fernzuhalten, als dessen Nähe zu suchen.

VON DEMOKRATIE BIS ZU VERSCHIEDENEN FORMEN DER DIKTATUR

Schauen wir uns die Gebiete der ehemaligen Sowjetunion an, sehen wir, wie heterogen ihre politischen Systeme sind. Einerseits haben wir konsolidierte demokratische Staaten (Litauen, Lettland, Estland), instabile Demokratien mit kleineren oder größeren Vorbehalten (die Ukraine, Republik Moldau, Georgien und Armenien) und weiter die zahlreichste Gruppe autoritärer Staaten, deren Regime einen unterschiedlichen Grad der Unterdrückung aufweisen. Zu den letzten zählen Belarus und Russland mit einer harten Diktatur sowie Turkmenistan, das eher als totalitäres System bezeichnet werden sollte.

Vieles zeugt davon, dass nach schwierigen Entwicklungen in den 1990er Jahren in gewissen Staaten demokratische Systeme von autoritären Regimen verdrängt wurden. Die besten

Beispiele sind hier Belarus und Russland. Andererseits gibt es auch Länder, die zwar immer noch keine stabile Demokratie aufgebaut haben, aber deren Gesellschaften die Entwicklung autoritärer Tendenzen erfolgreich bremsen, was die Ukraine und die Republik Moldau gut zeigen.

Nicht anders sieht es bei den Wirtschaftsmodellen aus. Unter den Staaten der ehemaligen UdSSR haben wir sowohl Marktwirtschaften (von der Ukraine bis hin zu Armenien), hybride Marktwirtschaften mit kleinerem oder größerem Anteil des Staatssektors (von Belarus und Russland bis zu Kasachstan) sowie neofeudale Staaten, wo das Privatkapital keine Chancen hat (Turkmenistan).

Es ist keinem Land – außer den drei baltischen Staaten – gelungen, erfolgreiche wirtschaftliche Transformationen durchzuführen und stabile marktwirtschaftliche Mechanismen mit funktionierenden Regeln und unabhängigen Institutionen an der Spitze einzuführen. Georgien und die Ukraine haben gewisse Fortschritte in diese Richtung gemacht, aber auch nur halbwegs. In einigen Ländern Mittelasiens (Tadschikistan, Kirgistan, Turkmenistan) kommt sogar eine Entmodernisierung zum Vorschein. Kasachstan ist ein sehr interessantes Beispiel für eine ziemlich gelungene Transformation und für den Aufbau staatlicher Institutionen. Unveränderliches Übel aller Staaten, die aus der ehemaligen Sowjetunion hervorgegangen sind (außer den baltischen Ländern), bleiben jedoch fehlende unabhängige Gerichtsbarkeit und Misserfolge bei der Korruptionsbekämpfung.

Unterschiedlich ist ebenfalls in den einzelnen Staaten das Entwicklungsniveau der Zivilgesellschaft. In der Ukraine entwickelte sie sich dynamisch und spielt dort eine große Rolle, aber in den meisten Ländern Mittelasiens fehlt sie praktisch. Zwischen diesen zwei Randerscheinungen liegt Belarus. Es fällt auf, dass verschiedene gesellschaftliche Initiativen sich in den letzten Jahren in dem Land aktiv entwickelten, jedoch von Lukaschenko und seinem Regime im Jahr 2020 brutal niedergeschlagen wurden.

ZERFALL DES „NAHEN AUSLANDS“

Zurück zu Russland, das traditionsgemäß schon seit den Zaren in der Region die Rolle eines kulturellen und politischen Zentrums spielte. Moskau versuchte nach 1991 deutlich aber erfolglos, die ehemaligen sowjetischen Republiken in seinem exklusiven politischen Machtraum zu behalten. Die Bezeichnung „nahes Ausland“ wurde von der russischen Diplomatie in den 1990er Jahren geprägt und bedeutete de facto eingeschränkte Souveränität. In der Amtszeit des Präsidenten Dmitri Medwedew (2008–2012) wurde daraus die „privilegierte russische Einflusszone“. Der Kreml war jedoch nicht imstande – trotz seines Ehrgeizes und der ständigen Versuche –, seinen schrumpfenden Einfluss zu bremsen, was sich nicht nur in der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Sphäre, sondern auch in der Kultur widerspiegelte.

Die Aggression gegenüber Georgien (2008) und Moskaus Anerkennung der Unabhängigkeit von Abchasien und Südossetien führten dazu, dass Prestige und Einfluss Russlands bei den Georgiern sanken. Die Annexion der Krim und der seit 2014 geführte Donbass-Krieg brachten eine tiefgreifende Revision der russisch-ukrainischen Beziehungen mit sich und stärkten gleichzeitig die nationale und staatliche Identität der Ukraine sehr. Letztlich ist in

den bilateralen Beziehungen zwischen diesen Staaten eine Rückkehr zu einem Status quo ante nicht mehr möglich. Zusätzlich führte der Krieg zwischen den zwei nahen Nationen dazu, dass andere postsowjetische Staaten Russland negativ sahen und Angst vor dem russischen Revisionismus bekamen.

Oft sind die Handelsbeziehungen mit der Russischen Föderation nicht mehr die wichtigsten (sogar im Außenhandel mit der Ukraine überholte China Russland). Die Rolle des Russischen – einst Lingua franca in der Region – wird im Kaukasus und Mittelasien immer kleiner, weil seine Kenntnisse unter den Jüngeren schrumpfen.

Der Rückgang des russischen Machtraums hat zwei Hauptgründe. Erstens ist für die Nachbarstaaten Russlands die neoimperiale Politik des Kremls nicht akzeptabel. Zweitens ist für sie Russland schon seit langem kein attraktives politisches und wirtschaftliches Modell mehr. An dessen Stelle treten neue Muster – vor allem westliche und solche aus China oder der Türkei. Charakteristisch ist auch, dass Russland seine Einflusszone immer mehr mit anderen internationalen Akteuren teilen muss. Dieser Prozess begann am frühesten in Mittelasien, wo Chinas Präsenz in der Wirtschaft besonders sichtbar ist. Davon zeugt nicht nur die engere Zusammenarbeit der Länder aus dieser Region mit Peking, sondern auch die Richtung, in die die Pipelines mit kasachischem und turkmenischem Erdöl und -gas verlaufen, die den aufnahmefähigen Markt im Reich der Mitte beliefern. Nach dem mehrere Monate dauernden Karabach-Konflikt 2020, in dem Aserbaidschan siegte, begann die Türkei in der Region eine wichtigere Rolle zu spielen und verdrängte die russischen Einflüsse.

ANDERE GENERATIONEN UND WERTE

Wie sehen die EU-Einflüsse in dem ehemaligen UdSSR-Gebiet aus? Nicht schlecht, zumindest in seinem westlichen Teil. Die EU wird als attraktives Entwicklungsmodell gesehen. Der Großteil der Gesellschaft und die politischen Eliten in der Ukraine, der Republik Moldau und in Georgien würden sich gerne der EU annähern, ebenso die Mehrheit der belarussischen Gesellschaft. In der Ukraine begleiteten proeuropäische Parolen die „Revolution der Würde“ und die EU-Integration beeinflusst weiterhin die ukrainische, moldauische und georgische Politik. In den letzten Jahren unterzeichnete die Europäische Union mit diesen Staaten Abkommen über einen visafreien Verkehr sowie Freihandelsabkommen, was die Bande zwischen den Vertragspartnern stärkte.

Trotz dieser Erfolge scheint es, dass in Brüssel das Einflusspotential auf die innerstaatliche Situation in diesen Ländern nicht voll ausgeschöpft wird, insbesondere wenn es um Reformen und die Lösung der Sicherheitsprobleme geht. Dies folgt daraus, dass die meisten EU-Mitgliedsländer gegen eine ehrgeizigere EU-Ostpolitik und gegen den EU-Beitritt der Ukraine und der Republik Moldau sind. Alles weist darauf hin, dass dieses Dilemma lange noch ungelöst bleibt.

An dieser Stelle muss unterstrichen werden, dass die Massenproteste in Belarus eine sehr interessante und für die EU-Interessen günstige Einstellung der belarussischen Gesellschaft offenbarten, darunter einen Wertewandel, der mit dem Generationenwechsel einhergeht. Laut Meinungsumfragen von 2020 ist die Hälfte der belarussischen Gesellschaft im Alter bis zu 45 Jahren der Auffassung, dass eine Demokratie im westlichen Stil das beste

politische System sei. Lediglich 14 % denken, dass es das System von Alexander Lukaschenko sei. Ältere Menschen in Belarus sind dagegen mehrheitlich davon überzeugt, dass die sowjetische Staatsordnung am besten war. In beiden Fällen ist das Lukaschenko-Regime ein Outsider. Dies ist umso wichtiger, weil dadurch veranschaulicht wird, wie die Aspirationen der belarussischen Gesellschaft steigen und wie eine Europäisierung ihrer Werte zustande kommt. Letztendlich wird der Konflikt zwischen dem anachronistischen Regime und der immer moderneren Gesellschaft stärker und stärker.

Vielleicht lautet also die Hauptschlussfolgerung dieser Überlegungen, dass die seit 30 Jahren verwendete Bezeichnung „postsowjetischer Raum“ völlig unzutreffend ist, um die Realität zu beschreiben, und schon seit langem die Jahr für Jahr steigende Heterogenität in der Region nicht mehr erklärt. Es handelt sich nämlich um fünfzehn Länder, die nur verbindet, dass sie bis 1991 Bestandteile eines Staates waren. Übrigens würden eigentlich alle Länder dies gerne so schnell wie möglich vergessen – vielleicht außer Russland selbst.



**THE EDITORIAL
TEAM CAN BE
CONTACTED AT:**
PERSPECTIVES@
PILECKIINSTITUT.DE

EDITOR IN CHIEF:
MATEUSZ
FAŁKOWSKI

M.FALKOWSKI
@PILECKIINSTITUT.DE

**PILECKI-INSTITUT
BERLIN**
PARISER PLATZ 4A
10117 BERLIN
+49(0)3027578955

PILECKIINSTITUT.DE



WOJCIECH KONOŃCZUK
IST OSTEUROPA-EXPERTE
UND STELLVERTRETENDER
DIREKTOR DES ZENTRUMS
FÜR OSTSTUDIEN (OSW) IN
WARSCHAU.

WOJCIECH.KONONCZUK
@OSW.WAW.PL